

Rußland in internationaler Politik und Wirtschaft. (I): Der 'Gipfel der Acht' von Denver

Höhmann, Hans-Hermann; Meier, Christian

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Höhmann, H.-H., & Meier, C. (1997). *Rußland in internationaler Politik und Wirtschaft. (I): Der 'Gipfel der Acht' von Denver.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 34/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47044>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Rußland in internationaler Politik und Weltwirtschaft

Teil I: Der "Gipfel der Acht" von Denver

Zusammenfassung

Vom 20. bis 22. Juni fand in Denver/Colorado der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel statt. Das Interesse Rußlands war vorrangig darauf gerichtet, die sich abzeichnende Umwandlung des G7- in ein G8-Forum energisch voranzutreiben, die angestrebte Statusverbesserung Rußlands für eine beschleunigte Aufnahme in internationale Handels-, Finanz- und Wirtschaftsorganisationen zu instrumentieren, den politischen Pfeiler der G7/G8 zu stärken und die russische Mitsprache in zentralen politischen und regionalen Problembereichen zu gewährleisten sowie schließlich die Fortdauer breitgefächerter Unterstützung der G7-Partner für den politisch-ökonomischen Transformationsprozeß zu sichern. Verlauf und Ergebnisse des Gipfeltreffens lassen kaum einen Zweifel daran, daß sich die russischen Erwartungen im großen und ganzen erfüllt haben.

Mit der nun für Rußland gefundenen Form der Einbindung in die Institution "Weltwirtschaftsgipfel" dürfte die Diskussion über Funktion und künftigen Teilnehmerkreis vorerst nur unterbrochen, aber keinesfalls abgeschlossen sein. China, das über ein größeres Wirtschaftspotential als Rußland verfügt, dürfte trotz mancher politischer Bedenken (Stichworte: Demokratie und Menschenrechte) schon bald öfter und entschiedener als nächster Gipfelaspirant genannt werden. Noch wichtiger als die Teilnehmerfrage ist freilich die kritische Überprüfung des bisherigen Gipfelkonzepts, das eine wesentliche Ursache für den gegenwärtig festzustellenden politisch-ökonomischen Bedeutungsverlust dieser Einrichtung ist.

Rußland und der Westen vor dem Weltwirtschaftsgipfel von Denver

Der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel, der vom 20. bis 22. Juni 1997 in Denver/Colorado abgehalten wurde, fand unter weitgehender Einbeziehung Rußlands erstmals als "Gipfeltreffen der Acht" statt. Als "großer demokratischer Industriestaat" wurde das Land an der Erörterung einer breiten ökonomisch-politischen Agenda beteiligt, wenn es daneben auch einen Konferenzabschnitt gab, in dem die bisherigen Sieben unter sich blieben, um speziellere weltwirtschaftliche Fragen zu erörtern und in einer eigenen Gipfelerklärung ("Die globalen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen annehmen") zu ihnen Stellung zu nehmen.¹ Die Erwartungen der russischen Regierung an das Spitzentreffen von Denver sowie die erreichten Resultate werden nur verständlich,

¹ Vgl. die offiziellen Dokumente "Gipfelerklärung der Sieben" sowie "Kommuniqué der Acht", in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 60, 14.7.1997.

wenn sie im Zusammenhang mit der immer noch krisenbestimmten ökonomischen Situation, einer Reihe bedeutsamer Entwicklungen in der Innen- und Außenpolitik des Landes sowie den Bemühungen um eine bessere Kooperation mit führenden Institutionen der Weltwirtschaft betrachtet werden. Die folgende Analyse versucht, diesen Aspekten nachzugehen und ihre Interdependenz aufzuzeigen.

Wirtschaftliche Lage, innenpolitische Entwicklung

Was die Wirtschaftslage Rußlands betrifft, so zeigen die meisten verfügbaren Indikatoren der realökonomischen Lage an, daß eine Trendwende zum Besseren noch immer auf sich warten läßt, von einem stabilen, sich selbst tragenden Aufschwung gar nicht zu reden. Das Tempo des wirtschaftlichen Leistungsrückgangs hatte im Jahre 1996 in vielen Sektoren gegenüber dem Vorjahr sogar wieder zugenommen. Das (offizielle) russische Bruttoinlandsprodukt lag Ende 1996 um ca. 50% unter dem Stand von 1991, die Industrieproduktion um knapp 55%, und die Agrarerzeugung hatte im gleichen Zeitraum um etwa ein Drittel abgenommen. Besonders negativ aber wirkt sich auf die Chancen eines zukünftigen Wirtschaftsaufschwungs aus, daß das Volumen der Bruttoanlageinvestitionen seit 1991 um 75% zurückgegangen ist und der Rückgang der Kapitalbildung mit -18% auch 1996 wieder überproportional hoch ausgefallen war. Sehr große wirtschaftspolitische Sorgen bereitet gegenwärtig auch die schwere und anhaltende Krise des russischen Staatshaushalts,² die dringend nach einer finanz- und steuerpolitischen Konsolidierung verlangt, deren Gelingen wiederum von deutlichen Verbesserungen der zentralen Entscheidungs- und Durchsetzungsmechanismen in Moskau abhängt.

Immer noch erweist sich die anhaltende Wirtschaftskrise als schwere Hypothek für die politische und gesellschaftliche Konsolidierung Rußlands und liefert populistischen Führern von links und rechts (mögen sie Sjuganow, Lebed oder Shirinowskij heißen) immer wieder wirksame demagogische Schlagwörter. Die Krise schwächt auch die internationale Wettbewerbsposition Rußlands, vergrößert den Widerspruch zwischen nicht aufgegebenen Großmachtambitionen und den für ihre Umsetzung zur Verfügung stehenden Ressourcen und verletzt so permanent das nationale Selbstwertgefühl der russischen politischen Klasse gleich welcher Richtung und Position. Zum Quantifizieren der erwähnten Diskrepanz zwischen Wollen und Können mag der Hinweis genügen, daß das Sozialprodukt der alten UdSSR an der Wende zu den neunziger Jahren auf gut 50% des damaligen US-amerikanischen Niveaus geschätzt wurde, während das russische BIP heute unter 10% des amerikanischen Wertes liegt. Die Tatsache, daß in Rußland der zur Überwindung der tiefen Transformationskrise erforderliche Wirtschaftsaufschwung noch nicht eingesetzt hat, führt schließlich auch zur Gefahr einer Abkopplung Rußlands von den vergleichsweise günstigen Entwicklungstrends in den Reformstaaten Ostmitteleuropas.

Auswege aus der Krise soll eine Neuformierung der russischen Innenpolitik weisen. Die mit Elan erfolgte Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte durch Präsident Jelzin, die Umbildung der russischen Regierung sowie schließlich die neuen Wegmarken für makroökonomische Stabilisierung und einen effizienten marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen sind besonders hervorzuheben. Ein institutionell zufriedenstellend ausgestaltetes politisches System, das mit wirklicher Regierungsautorität ausgestattet ist und auf einem ausreichend breiten gesellschaftlichen Konsens beruht, hatte sich in Rußland nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Totalitarismus noch nicht entwickeln können. Es gelang Präsident Jelzin – auch aufgrund seiner angegriffenen Gesundheit – lange nicht, den Wirrwarr konkurrierender Apparate zu überwinden, transparente sowie effiziente Entscheidungsstrukturen aufzubauen und ein Team leistungsfähiger Politiker um sich zu scharen. Im Gegenteil: Ineffizienz und Machtbehauptungswille des Präsidenten trugen dazu bei, die administrativen Strukturen weiter zu komplizieren.

² Vgl. O. Hishow, Die Budgetkrise des russischen Staates, Aktuelle Analysen des BIOst, Köln, 24, 1997; ders., Die Spirale der inneren Verschuldung des russischen Staates, Aktuelle Analysen des BIOst, Köln, 27, 1997.

Seit der Regierungsumbildung von März und April 1997 zeichnet sich hier zumindest die Möglichkeit eines Wandels ab.³ Mit Anatolij Tschubais und Boris Nemezow wurden zwei konzeptionell ausgewiesene und in der Praxis bewährte Reformer zu Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt und weitere Führungspositionen mit Personen aus dem Umfeld von Tschubais besetzt. Das von der neuen Regierung angekündigte Programm bedeutet einen neuen radikalen Versuch, die Wirtschaftskrise zu beenden und den marktwirtschaftlichen Aufbau voranzutreiben. Von Bedeutung sind weniger die genannten Einzelziele. Sie entsprechen bisherigen Ankündigungen und entbehren wie diese nicht einer populistischen Rhetorik: Haushaltssanierung und konsequente Stabilitätspolitik werden versprochen, Zahlung rückständiger Löhne und Konzentration der Sozialleistungen auf die bedürftigsten Bürger angekündigt. Programme zur Förderung von Industrie und Landwirtschaft sind vorgesehen, betrieben werden sollen ein verstärkter Kampf gegen Korruption und Verbrechen, die Begrenzung von Staatsaktivitäten sowie eine Reduzierung der Bürokratie.

Was nach den erforderlichen Abbuchungen auf das Konto "politische Rhetorik" bleiben und Unterschiede zur jüngsten Vergangenheit ausmachen könnte, sind politisch-prozeßhafte Faktoren wie

- ◆ die professionelle Qualität und Homogenität des neuen Teams,
- ◆ die offensichtliche Rückendeckung durch den wiedererstarkten Jelzin,
- ◆ die Zustimmung zumindest eines Teils der neuen Wirtschaftseliten sowie
- ◆ die bald nach Einsetzung der neuen Regierung wieder angelaufene Unterstützung durch internationale Finanzinstitutionen und westliche Regierungen.

Freilich bleiben gravierende Probleme:

- ◆ die ungünstige Wirtschaftslage, vor allem auch die soziale Situation der Bevölkerung, wird sich kurzfristig nicht verbessern,
- ◆ die Arbeitslosigkeit wird weiter ansteigen,
- ◆ reformblockierende Wirtschafts- und Sozialstrukturen sind nur langfristig zu verändern.

Nach wie vor gilt in Rußland wie anderswo: Neue Systeme werden letztendlich nicht gemacht, sie müssen sich entwickeln. Verbessert werden können allenfalls die Bedingungen eines zukünftigen Wandels.

Außenpolitik und russische Gipfelinteressen

Die russische Außenpolitik im Vorfeld des Denver-Gipfels stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit der bevorstehenden Osterweiterung der NATO.⁴ In zahlreichen Verhandlungen auf verschiedenen Ebenen ging es dabei um Versuche zur Begrenzung des empfundenen Schadens und zur Erweiterung des internationalen Handlungsrahmens. Von besonderer Bedeutung waren in diesem Zusammenhang die Spitzentreffen Jelzins mit Kohl, Chirac und der EU-Troika (Santer), die bilateralen Abkommen und Übereinkünfte zwischen der russischen und der amerikanischen Staatsführung, die Vereinbarung eines Grunddokuments zwischen der NATO und Rußland sowie schließlich neue Kooperationsabsprachen der Moskauer Regierung mit dem IMF und der Weltbank.

Demzufolge war das Kreml-Interesse am diesjährigen Weltwirtschaftsgipfel vorrangig darauf gerichtet,

- ◆ die sich abzeichnende Umwandlung des G7- in ein G8-Forum energisch voranzutreiben und die Rußländische Föderation in diesen politisch-ökonomischen Konsultations- und Koordinationsmechanismus führender westlicher Industriestaaten auf mittlere Sicht voll zu integrieren;

³ Vgl. R. Götz, Besser spät als nie: Der dritte Versuch einer "radikalen Reform" der russischen Wirtschaft, Aktuelle Analysen des BIOst, Köln, 23, 1997.

⁴ Vgl. O. Alexandrova, Der außenpolitische Konsens in Rußland, Aktuelle Analysen des BIOst, Köln, 17, 1997.

- ◆ die angestrebte Statusverbesserung Rußlands im Club der führenden Industrieländer für eine beschleunigte Aufnahme in internationale Handels-, Finanz- und Wirtschaftsorganisationen zu instrumentieren;⁵
- ◆ durch gezielte Initiativen den politischen Pfeiler der G7/G8 zu stärken und die russische Mitsprache in zentralen politischen und regionalen Problembereichen zu gewährleisten und schließlich;
- ◆ die Fortdauer breitgefächerter Unterstützung der G7-Partner für den politisch-ökonomischen Transformationsprozeß zu sichern.

Verlauf und Ergebnisse des Gipfeltreffens von Denver lassen kaum einen Zweifel daran, daß sich die russischen Erwartungen im großen und ganzen erfüllt haben. Doch entschiedener als je zuvor müssen heute Fragen nach Sinn und Funktionen dieser Einrichtung für die Zukunft gestellt werden.⁶

"G7-drei Viertel" oder G8?

Daß der 23. Weltwirtschaftsgipfel in Denver erstmalig als "Gipfel der Acht" abgehalten wurde, hat eine längere Vorgeschichte. Seit dem Londoner Gipfel von 1991 hatten zunächst der sowjetische und bald darauf der russische Präsident mit geringem, aber zunehmendem Mitwirkungsgrad an den Spitzenveranstaltungen teilgenommen. Der Schritt zu einer "politischen G8" unter Beibehaltung der wesentlichen G7-Strukturen war 1995 in Halifax erreicht worden. Die Voraussetzungen für den diesjährigen Übergang von den bisherigen G7-plus 1-Gipfeln zum "Gipfel der Acht" wurden in mehreren Etappen geschaffen. Ausgangspunkt war die schon beim letztjährigen G7-Treffen in Lyon (1996) von Bundeskanzler Kohl getroffene Feststellung, der auch der französische Staatspräsident Chirac später zustimmte, daß aufgrund der immer engeren Einbeziehung Rußlands in die politische Arbeit des Gipfels die G7 de facto endgültig bei G8 angekommen sei.⁷ Es folgte mit großem zeitlichen Abstand wegen der erzwungenen Amtspause des russischen Präsidenten die Zusicherung von US-Präsident Clinton bei der Helsinki-Konferenz mit Jelzin am 20. und 21. März 1997, Rußland bereits beim Denver-Gipfel den Rang eines gleichberechtigten Teilnehmers einzuräumen.⁸ Die daraus abgeleitete Formel vom "Gipfel der Acht" wurde beim Zusammentreffen der Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten mit Jelzin am 27. Mai 1997 anlässlich der Unterzeichnung eines Grunddokuments über die Beziehungen zwischen der westlichen Allianz und Rußland bekräftigt. Zwischenzeitlich hatte auch die japanische Regierung nach Spitzenkontakten mit der russischen Führung ihre Vorbehalte gegen eine volle Einbeziehung Rußlands in den Denver-Weltwirtschaftsgipfel aufgegeben.⁹

Die Bedeutung der Formel "Gipfel der Acht" läßt sich in sechs Punkten skizzieren:

1. Erstmals war der russische Präsident Jelzin als vollwertiger Teilnehmer von Anbeginn des Gipfeltreffens dabei. Beim Eröffnungszeremoniell wurde er sogar noch protokollarisch aufgewertet, weil ihm Gastgeber Clinton die traditionelle Begrüßungsrede überlassen hatte. Im Kommuniqué über den Denver-Gipfel der Acht wird Rußland – vertreten durch Präsident Jelzin – nicht nur als "großer demokratischer Industriestaat" gewürdigt, sondern die Entschlossenheit bekräftigt, "den Trend fortzusetzen, Rußland stärker an der Arbeit unserer Beamten zwischen den Gipfeltreffen zu beteiligen und seine umfassendere Einbeziehung in den Gipfelprozeß" zu fördern. Aus Moskauer Sicht ist damit aus der de-jure-"Semerka"

⁵ New Europe – Global Independent Weekly, 212, 15.-21.6.1997, S. 16.

⁶ Süddeutsche Zeitung, 23.6.1997; International Herald Tribune, 20.6.1997; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.6.1997.

⁷ Vgl. H.-H. Höhmann/C. Meier, Rußland und der Westen im Jahr der Präsidentschaftswahlen: Interessen, Perzeptionen, Formen der Zusammenarbeit, Berichte des BIOst, Köln, 37, 1996.

⁸ Vgl. Yeltsin summarizes achievements of Helsinki summit in radio address, in: SWB-BBC, Third Series SU/2878, 27 March 1997, B 4.

⁹ Financial Times, 19.5.1997.

zunächst eine de-facto-"Vosmerka" geworden,¹⁰ die die Chance bietet, die noch bestehende Statusdifferenz bis zur de-jure-"Vosmerka" zu überwinden.

2. Die Gegner einer offiziellen Umwandlung der G7 in eine G8 können zwar einerseits die Statusaufwertung Rußlands nicht leugnen, aber immer noch darauf verweisen, daß auch dieses Mal die Schlüsselfragen internationaler Wirtschafts- und Währungspolitik im geschlossenen Kreis der G7-Staats- und Regierungschefs sowie der Finanzminister erörtert worden sind. Die Kremelführung hat mit Blick auf die extremen System- und Leistungsdefizite des Landes im Wirtschafts- und Finanzbereich nicht auf eine Einbeziehung in diese Beratungen gedrängt,¹¹ dürfte sie aber möglicherweise schon für den Birmingham-Gipfel 1998 einkalkulieren.
3. Die volle Teilnahme Rußlands hat bewirkt, daß die Gipfeldiskussionen weitestgehend von politischen Themen bestimmt waren und die Erörterung brennender Wirtschafts-, Finanz- und Währungsprobleme der Industrieländer auf eine einstündige Zusammenkunft der G7-Vertreter reduziert wurde. An der eindeutigen politischen Gewichtsverlagerung ändert auch die Tatsache nichts, daß eine eigenständige, allerdings wenig substantielle Wirtschaftserklärung der G7 zum Abschluß des Denver-Gipfels veröffentlicht wurde. Der Gipfelertrag wird maßgeblich durch das "Kommuniqué der Acht" bestimmt, das zusammen mit den Sondererklärungen in 90 Positionen und Kapiteln allgemeine Stellungnahmen der Gipfelteilnehmer zu politischen, militärischen, gesellschaftlichen, sozialen, humanitären und einer Fülle anderer Probleme enthält.
4. Für den Weltwirtschaftsgipfel von Birmingham im Jahre 1998 zeichnet sich das Nebeneinander von einer politischen Gruppe der Acht (G8) und einer wirtschaftlichen Gruppe der Sieben (G7) ab.¹² Aus dem Abchlußkommuniqué geht klar hervor, daß Rußland ab sofort in der G8 voll vertreten sein wird. Beleg dafür ist, daß die russische Regierung in alle Phasen der Vorbereitung des nächsten Weltwirtschaftsgipfels einbezogen werden soll. An eine Aufnahme in die G7 ist weiterhin nicht gedacht. Doch besteht ein grundsätzliches Einvernehmen, die Rußländische Föderation auch in die G7 zu integrieren, vorausgesetzt, daß der politisch-ökonomische Transformationsprozeß entschieden vorangetrieben und damit die entsprechenden Leistungsnachweise erbracht werden. Unabhängig davon wird sich die Kremelführung vermutlich weiterhin darum bemühen, die letzte noch vorhandene Statusdifferenz mit politischen Mitteln zu überwinden. Die künftige politische Stellung und Einflußnahme Rußlands in der Gruppe der Acht dürfte allerdings sehr stark davon abhängen, ob es der Jelzin-Administration gelingt, die durch die ungelöste Kurilen-Frage noch immer stark belasteten Beziehungen zu Japan auf eine neue zukunftsfähige Basis zu stellen.
5. Mit der nun für Rußland gefundenen Form der Einbindung in den Weltwirtschaftsgipfel dürfte die politische Diskussion über seinen künftigen Teilnehmerkreis vorerst nur unterbrochen, aber keinesfalls abgeschlossen sein. China, das über größeres Potential als Rußland verfügt, dürfte schon recht bald wesentlich öfter und entschiedener als nächster Gipfelaspirant genannt werden.¹³ Noch wichtiger als die Teilnehmerfrage ist freilich die kritische Überprüfung des bisherigen Gipfelkonzepts, das eine wesentliche Ursache dafür ist, daß diese Einrichtung einen rapiden politischen Bedeutungsverlust hat hinnehmen müssen. Wie weit das Unbehagen auch unter den diesjährigen Teilnehmern verbreitet ist, geht nicht zuletzt daraus hervor, daß der neue britische Premier T. Blair als Gastgeber des 24. Weltwirtschaftsgipfels im Mai 1998 in Birmingham schon jetzt angekündigt hat, die Beratungen nur auf wenige Schlüsselthemen zu konzentrieren und dabei auch zu verbindlicheren Absprachen zu gelangen.¹⁴

¹⁰ Finansovye izvestija, 19.6.1997; Segodnja, 24.7.1997; Kommersant daily, 24.6.1997.

¹¹ Vgl. Presidential spokesman interviewed ahead of G7 summit in USA, in: SWB-BBC, Third Series, SU/2950, B/9, 20 June 1997.

¹² Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 24.6.1997.

¹³ Frankfurter Rundschau, 23.6.1997.

¹⁴ Die Welt, 23.6.1997

6. Das Problem materieller Hilfe der G7-Staaten für die politisch-ökonomische Umgestaltung in Rußland ist im Verlaufe der Weltwirtschaftsgipfel seit 1992 in drei Varianten behandelt worden. In der ersten Phase bis 1994 war es Gegenstand unmittelbarer Beratungen und Beschlüsse auf dem jeweiligen G7-Spitzentreffen. In der zweiten Phase bis 1996 erfolgten die Vorbereitung und der Abschluß von Hilfsvereinbarungen für Rußland bereits im Vorfeld der G7-Gipfel, wobei die starke politische Einflußnahme einzelner G7-Staaten und ihrer Repräsentanten ebenso wenig zu übersehen war, wieder deutliche Trend weg von der Bilateralisierung zur Multilateralisierung westlicher Hilfe,

insbesondere durch die Einbindung von IMF und Weltbank. Seit dem diesjährigen Gipfel sind zwei neue Tendenzen zu beobachten. Zum einen sehen die G7-Staaten ihre vornehmliche Aufgabe darin, die Aufnahme Rußlands in wichtige Organisationen der Weltwirtschaft (Pariser Club, OECD, WTO) politisch zu unterstützen, zum anderen sind sie bestrebt, die Moskauer Regierung anzuhalten, das mit dem IMF vereinbarte EFF-Programm ("Erweiterte Fonds-Fazilität") voll umzusetzen sowie die Beziehungen zur Weltbank und zur EBWE zu erweitern und zu vertiefen, um sich dort einen Zugriff auf diverse Finanzquellen zu verschaffen.

Die einzelnen Aspekte dieser beiden Tendenzen werden in Teil II dieser "Aktuellen Analyse" ausführlicher behandelt, die die Beziehungen Rußlands zu IMF, Weltbank, Pariser Club, OECD und WTO darstellt und den gegenwärtigen Stand der russischen Bemühungen um die Etablierung des Landes als "global economic player" dokumentiert.¹⁵

Hans-Hermann Höhmann/Christian Meier

¹⁵ H.-H. Höhmann/C. Meier, Rußland in internationaler Politik und Weltwirtschaft, Teil II: Beziehungen zu internationalen Wirtschaftsorganisationen, Aktuelle Analyse des BIOst, Köln, 35, 1997.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>